

Rede anlässlich der Überreichung des Max-Friedlaender-Preises  
am 20. 11. 2009 in der Residenz in München

---

Sehr geehrter Herr Präsident Mertl, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren,

dass mir heute von Ihnen der Max-Friedlaender-Preis verliehen wurde, bedeutet mir sehr viel, und ich danke Ihnen von ganzem Herzen. Diesen Preis zu bekommen ist eine Ehre - vor allem, weil er den Namen Max Friedlaenders trägt – eines Mannes, dessen freiheitliche Gesinnung Respekt und Bewunderung verdient. Und dessen Schicksal uns daran erinnert, wie zerbrechlich das Gut der Freiheit und des Rechts ist.

Auch fühle ich mich geehrt, wenn ich mir vergegenwärtige, wer vor mir diesen Preis erhielt: alles herausragende und ehrenwerte Juristen und Rechtsgelehrte. Dass ich In der Reihe der Preisträger die erste Nicht-Juristin bin, kommt noch hinzu.

Dass ich mich über diese Auszeichnung freue, versteht sich von selbst. Etwas anderes mag interessanter für Sie sein: Ich möchte den Preis - nicht stellvertretend, das dürfte ich gar nicht - aber doch in Erinnerung an all jene annehmen, die in der DDR entweder keine Chance hatten, Anwälte, Richter oder Rechtsgelehrte zu werden oder deren Berufslaufbahn jäh beendet wurde, als sie nicht bereit waren, sich dem Willen der SED unterzuordnen.

Einer von ihnen war der Rechtsanwalt Götz Berger, der gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns protestierte und Robert Havemann verteidigte. Als er gegen dessen Hausarrest Berufung einlegte, wurde ihm seine Zulassung entzogen. Er wurde nach 1990 rehabilitiert und starb 1996, unmittelbar nach seiner Aussage als Zeuge im Verfahren gegen jene Richter und Staatsanwälte, die Havemann verfolgt hatten.

Vielleicht konnte er nicht verkraften, wie sanft Juristen dieses Schlages in der Bundesrepublik gelandet sind. Ich teile dieses Unbehagen – auch angesichts zahlreicher Anwälte, die ihre Karriere bei der Staatssicherheit begannen und nach 1990 als zugelassene Anwälte fortsetzen konnten – oft, ohne dass ihre Mandanten ihre Vorgeschichte kennen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der 9. November war in diesem Jahr ein Tag der glücklichen Erinnerung an den Fall der Mauer vor 20 Jahren, und es war eine Freude zu erleben, wie auf der ganzen Welt mit uns gefeiert wurde.

Freilich mischte sich in diese Freude auch Nachdenklichkeit: Musste es gerade der 9. November sein? Hätte Schabowski doch seinen Zettel richtig gelesen – den einen Tag hätten wir auf die Maueröffnung auch noch warten können! Nun steht das alljährliche Gedenken an die Opfer des Pogroms viel zu oft im Hintergrund.

Es ist leiser als unsere lauten Feiern und ist doch so wichtig. Daran erinnert uns nicht zuletzt Max Friedlaender, der nach dem 9. November 1938 fluchtartig seine Heimat verlassen musste.

Doch der Zufall wollte es, dass das deutsche Schicksalsdatum 9. November fortan nicht nur an 1919, 1923 und 1938, sondern auch an 1989 und damit an einen der glücklichsten Momente der deutschen Geschichte erinnert. Und schließlich besteht ja auch ein innerer Zusammenhang dazwischen, die Freiheit zu feiern und um die Opfer politischer Willkür zu trauern.

Im Herbst 1989 haben sich Dinge ereignet, die vorher niemand zu denken wagte: Ein Volk hat sich - ohne dass auch nur ein Schuss fiel - von seinen Diktatoren befreit. Und nicht nur in der DDR. Die Freiheitsbewegungen in den Ländern des Ostblocks läuteten in ganz Europa das Ende der kommunistischen Diktaturen und damit eine neue europäische Ära ein.

Die Bilder vom Mauerfall gingen um die Welt, und Bilder sind mächtig. Und so ist in der Welt der Eindruck entstanden, dass es der Fall der Mauer war, der uns die Freiheit gebracht habe. Doch nicht der Mauerfall hat die Menschen in der DDR befreit. Die Mauer fiel, nachdem die Menschen ihre Angst verloren, den öffentlichen Raum erobert und Regierung und SED in die Defensive getrieben hatten.

Unumkehrbar war die Revolution am 9. Oktober geworden, als die Leipziger wie an den vorausgegangenen Montagen demonstrierten.

Diesmal waren die Machthaber darauf vorbereitet, den Protest gewaltsam zu beenden: Bewaffnete Kräfte standen bereit, in den Krankenhäusern herrschte Alarmbereitschaft. Doch dann versammelten sich 70.000 Bürgerinnen und Bürger auf den Straßen. Es waren keine einsichtigen Politiker – es war die große Zahl der Demonstranten, vor der die SED zurückwich.

Ich selber erlebte diesen Abend in Berlin, in der überfüllten Gethsemane-Kirche, wo sich Abend für Abend Tausende trafen, um gegen Verhaftungen zu protestieren und sich gegenseitig Mut zu machen. Es hatte Verhaftungen gegeben und rohe Gewalt gegen friedliche Menschen, die sich auf den Weg zur Kirche gemacht hatten. Jetzt schien die SED ihre Drohung wahr zu machen. Wir hatten ja den Beifall des Politbüros für das chinesische Militär nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens noch im Ohr. Wir bangten um Leipzig und wussten, dass sich an diesem Abend in Leipzig auch für uns alles entscheiden würde.

Und dann erreichte uns die erlösende Nachricht: Polizei und Sicherheit hatten sich zurückgezogen, die Leipziger demonstrierten unbehelligt in der Mitte der Stadt. Wir öffneten unsere Kirchentüren und spähten vorsichtig hinaus:

Auch bei uns war der Spuk vorbei. Kein Wasserwerfer mehr, kein Polizist, statt dessen Kerzen auf der Straße, von Bewohnern der umliegenden Häuser dort aufgestellt. Unsere Erleichterung war grenzenlos. Jemand läutete die Kirchenglocken. Und wir spürten ihn zum ersten Mal – den Geschmack der Freiheit.

Von nun wagten immer mehr Menschen, ihr Schweigen zu brechen, ihren Protest zu artikulieren, ihren Freiheitswillen öffentlich zu demonstrieren. Die Tage der SED waren gezählt.

20 Jahre sind seitdem vergangen. Viele äußere Spuren des mit der SED-Herrschaft verbundenen Verfalls sind beseitigt. Sogar die Natur hat sich erholt: Im letzten Sommer schwamm ich in einem See, in dem es vor 20 Jahren noch streng verboten war zu baden. Am schönsten ist es für mich zu beobachten, wie die Generation der heute 20-30jährigen mit der größten Selbstverständlichkeit die Freiheit in Anspruch nimmt, von der wir träumten und für die wir gekämpft haben.

Doch die Folgen der Teilung Deutschlands und mehr noch die Folgen der SED-Diktatur werden noch lange spürbar sein.

Das Glück der gelungenen Revolution und des Mauerfalls bestand ja vor allem darin, dass ein Unglück sein Ende fand. Deshalb können wir unseren Kindern die Bedeutung der Herbstrevolution und des Mauerfalls nur vermitteln, wenn wir ihnen auch vom Unglück eines Lebens in der Diktatur erzählen. Davon, wie Menschen bevormundet,

entmündigt, überwacht und verfolgt wurden. Davon, dass wir Gefangene waren. Millionen Gefangene - darunter auch jene, die der DDR bis heute nachtrauern. Sie fühlten sich freilich nicht als Gefangene: Wer sich nicht bewegt, spürt keine Ketten.

In der Revolution vom Herbst 1989 standen jene Menschen, die die Freiheit wollten, gegen die auf, die sie fürchteten. Dies ist die wahre Mauer in den Köpfen – und sie wiegt schwerer als jeder Ost-West-Konflikt.

Wer die Akteure von 1989 fragt, ob sich ihre Hoffnungen von 1989 erfüllt hätten, wird sehr unterschiedliche Antworten bekommen. Viele sagen ohne wenn und Aber ja. Nicht wenigen aber erscheint der manchmal mühsame Alltag des Jahres 2009 anstrengend und grau, gemessen an der Aufbruchsstimmung, dem Genuss der eigenen Kraft und den übermütigen Hoffnungen des Herbstes 1989. So ähnlich muss es dem Volk Israel nach der Befreiung aus Ägypten in der Wüste gegangen sein.

Doch der Begeisterung folgen immer die Mühen der Ebene – und wer das nicht akzeptieren kann, sehnt sich nach den Fleischtöpfen Ägyptens oder der armseligen Sicherheit der Gefangenschaft zurück, deren einzige Freiheit darin bestand, frei von Verantwortung zu sein.

Neben den Herausforderungen des Wiederaufbaus ging es nach dem Ende der SED-Diktatur darum, funktionierende rechtsstaatliche Strukturen zu schaffen. Das war eine immense Herausforderung, die nicht zuletzt deswegen gemeistert wurde, weil uns dabei die bundesdeutschen Erfahrungen aus vier Jahrzehnten zur Verfügung standen – und die Unterstützung unzähliger Fachleute aus den alten Bundesländern, die den Umbau der Strukturen, der Verwaltung und nicht zuletzt der Justiz begleiteten.

Daneben aber standen Fragen, die sich immer nach dem Ende einer Diktatur stellen:

Was brauchen die Opfer der Diktatur? Wie gehen wir mit den Tätern um? Und wie mit all den Verantwortungsträgern in Universitäten, Gerichten, Schulen und Ämtern?

Und überhaupt: Sollen wir einen Schlussstrich ziehen oder der Vergangenheit ins Auge blicken?

Lassen Sie mich an einem einzigen Beispiel – dem Recht auf persönliche Einsicht in die Stasiunterlagen - verdeutlichen, wie sich Politik und Gesellschaft in Deutschland dieser Frage angenommen haben.

Vor ziemlich genau 20 Jahren – zum Jahresende 1989 – wurde der öffentliche Druck, das Ministerium für Staatssicherheit ersatzlos aufzulösen, immer stärker. Zugleich schufen die Bürgerinnen und Bürger Fakten:

Als sich die Anzeichen dafür mehrten, dass die Staatssicherheit in großem Stil Akten vernichtete, wurden die Bezirksverwaltungen des MfS zuerst in Erfurt, dann in Dresden besetzt, andere folgten. Schließlich wurde die Zentrale des MfS in Berlin Lichtenberg von einer aufgebrachten Menschenmenge gestürmt. Ein gigantischer Überwachungsapparat kam zu Fall. Die SED hatte ihr wichtigstes Herrschaftsinstrument verloren.

Doch was sollte mit den Akten - dem geheimen Herrschaftswissen einer Diktatur - geschehen?

"Die sauberste, einfachste und am wenigsten aufwendige Lösung", meinte der damalige DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel, sei die möglichst rasche Vernichtung der Akten. Ganz anders argumentierte Bärbel Bohley, die in der ersten Euphorie dafür plädierte, jeder solle seine eigenen Akten mit nach Hause nehmen.

Eines wurde rasch klar: Das Geheimwissen sollte nicht den ehemaligen Stasi-Mitarbeitern überlassen bleiben. Vor allem aber wollten die Opfer des MfS ihre Akten sehen. Und wissen, wer die Verräter unter ihnen waren.

Im August 1990 beschloss die erste frei gewählte Volkskammer der DDR nahezu einstimmig die Öffnung der Akten der Staatssicherheit.

Doch wenig später schien die geplante Öffnung der Akten wieder höchst fraglich zu sein. Offenbar planten die beiden verhandelnden Regierungen, die Akten des MfS wie andere staatliche Akten dem Bundesarchiv zu überlassen. Das hätte sehr wahrscheinlich bedeutet, dass sie auf Jahrzehnte unzugänglich gewesen wären. Auch wäre damit nicht gewährleistet gewesen, dass die Akten des MfS in vollem Umfang erhalten bleiben.

Eine neuerliche Besetzung der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin noch im September 1990 veranlasste schließlich die verhandelnden Regierungen, eine zusätzliche Passage in den Einigungsvertrag aufzunehmen, die den ersten gesamtdeutschen Bundestag verpflichtete, ein Gesetz zur Öffnung der Akten zu verabschieden.

Dieses Stasiunterlagen-Gesetz trat Ende 1991 in Kraft.

Die Suche nach einem Ausgleich zwischen dem Recht auf Aktenzugang für Einzelne, für Wissenschaftler und Medien einerseits und dem gebotenen Schutz von Persönlichkeitsrechten andererseits war kompliziert und wurde kontrovers diskutiert. Schließlich fanden die Abgeordneten Lösungen, mit denen nationale und internationale Rechtsgeschichte geschrieben wurde.

Dass der Deutsche Bundestag beispielsweise entschied, allen Betroffenen einen unbeschränkten Zugang zu den ihn betreffenden Unterlagen zu gewähren und ihnen darüber hinaus das Recht einräumte, die Klarnamen derer zu erfahren, die sie verraten hatten, war bemerkenswert mutig, denn an eindringlichen Warnungen, der Zugang zu den Akten werde die Gesellschaft spalten, womöglich zu Racheakten führen, mangelte es nicht.

Insbesondere für die Opfer des MfS ist die persönliche Akteneinsicht von Bedeutung. Denen, die zur Zielscheibe der geheimpolizeilichen Verfolgung und Unterdrückung geworden sind, deren Lebensläufe oftmals dauerhaft und massiv beschädigt worden sind, wird mit der Öffnung der Akten der Rücken gestärkt. Viele sehen darin eine Art von gesellschaftlicher Zuwendung und eine Möglichkeit der Rehabilitierung.

1,7 Millionen Menschen haben sich im Laufe der Jahre entschlossen, nach ihren Akten zu fragen. Dahinter stehen zahllose Überlegungen, Gespräche, Erfahrungsberichte, Diskussionen – kurz: Millionen Entscheidungen gegen das Beschweigen der Vergangenheit. Und hier liegt – über den Wert des Aktenzugangs für die Einzelnen hinaus – der gesellschaftliche Mehrwert der Aktenöffnung.

Meine Damen und Herren,

darum, als was der SED - Staat dereinst in das kollektive Gedächtnis eingeht und wie das Leben unter den Bedingungen der SED-Diktatur bewertet wird, wird heutzutage noch leidenschaftlich gestritten – ich erinnere nur an die Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die DDR ein Unrechtsstaat war.

Das gelegentlich zu hörende Argument, die DDR sei doch zu Beginn wenigstens der ernstzunehmende und respektable Versuch gewesen, einen humanen, antifaschistischen Staat als Antwort auf den Nationalsozialismus zu schaffen, ist nicht haltbar. Die ersten Jahre der DDR waren die des brutalen Terrors. Und der Antifaschismus war rituell und wurde als ideologische Waffe eingesetzt – gegen jede

politische Kritik, gegen die Bundesrepublik und als moralische Feigenblatt für die Zumutungen der Diktatur – denken wir nur an den Begriff des antifaschistischen Schutzwalls, den die SED für die Mauer erfand.

Das Recht wurde schon missachtet, als die DDR noch gar nicht gegründet war. „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“ – dieser von Walter Ulbricht stammende Satz stammt bereits aus dem Jahre 1945.

Genau hier muss die Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur beginnen. Misswirtschaft, Mauer, Überwachung, Bevormundung, Haft – das sind alles wichtige Themen.

Der all dem zugrunde liegende Skandal war aber der Raub der Freiheit und die Schändung des Rechts – darauf kommt es an.

Ich wünsche mir deshalb, dass die Aufarbeitung der Diktatur nicht allein den Historikern und Pädagogen überlassen wird, sondern dass auch Juristen sich dieser wichtigen, öffentlichen Aufgabe stellen.

Nicht dass Jugendliche die Namen von Bundeskanzlern und das Jahr des Mauerbaus nicht parat haben, sollte uns alarmieren, sondern dass sie nicht in der Lage sind, den prinzipiellen Gegensatz zwischen Freiheit und Unfreiheit, zwischen einer Diktatur und einem Rechtsstaat zu benennen.

Das ist es, was sie anfällig machen kann für politische Verführung – und für blinde Verachtung demokratischer Institutionen und Verfahren.

„Die Zukunft wird entschieden im Streit um die Vergangenheit“ heißt es in einem Lied von Wolf Biermann.

Er hat Recht, denn der Streit um die Vergangenheit ist immer auch ein Streit um Werte, darum, was uns in Zukunft besonders schützenswert und wertvoll ist.

Die immer wieder neu zu führende Debatte darüber, wie freiheitliche, bürgerliche, zivilgesellschaftliche Werte erneuert und wiederbelebt werden, kommt deshalb ohne den Blick zurück nicht aus.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.